

Warum das Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“?

Die Braunkohleverstromung ist die ineffektivste und klimafeindlichste Form der Energiegewinnung überhaupt. Allein die beiden brandenburgischen Braunkohlekraftwerke Jänschwalde - das viertreckigste Kraftwerk Europas - und Schwarze Pumpe pumpen jedes Jahr rund 36 Millionen Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid (CO₂) in die Atmosphäre und machen das Land Brandenburg zum zweitgrößten Klimaverschmutzer Deutschlands und weltweit zu einem der größten Umweltverschmutzer (Emitenten) auf kleinstem Raum. Jänschwalde selbst pumpt genauso viel CO₂ in die Luft wie alle 283 in den

Emissionshandel einbezogenen Betriebe und Kraftwerke des Bundeslandes Bayern. Die Landesregierung Brandenburg und der schwedische Energiekonzern Vattenfall wissen sehr wohl um diese Situation, wollen aber neue Braunkohletagebaue aufschließen und weitere Lausitzer Dörfer darin verschwinden lassen. Klima, Kulturlandschaft, Grundwasser, Schutzgebiete sollen für Profitmaximierung geopfert werden.

In den vergangenen 80 Jahren haben in der Lausitz mehr als 30.000 Menschen ihre Heimat verloren,

weil sie einem Tagebau weichen mussten. 136 Orte verschwanden ganz oder teilweise von der Landkarte. Und das soll so weitergehen. Vor dem Hintergrund des vom früheren SPD-Ministerpräsidenten Manfred Stolpe gegebenen Versprechens, Horno sei der

Liebe Leserin, lieber Leser,

haben Sie bereits Ihr Stimmrecht wahrgenommen und Ihre Unterschrift zum Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“ geleistet?

Die Volksinitiative dazu hatte im vergangenen Jahr 32.000 Unterschriften gesammelt, aber der Landtag vertrat die Position, dass die Verstromung von Braunkohle noch lange Zeit die wichtigste Technologie bleiben wird.

Die Initiatoren des Volksbegehrens, also auch die LINKE, sehen das anders. Der notwendige Transformationsprozess in der Energiewirtschaft muss jetzt beginnen. Darum sollte ein mittelfristiger Ausstieg aus dem Braunkohletagebau bis 2040 erfolgen und keine neuen Tagebaue geplant und erschlossen werden. Die Unterschrift kann zu den üblichen Öffnungszeiten in den Meldeämtern Katharinenkirchplatz 5, Am Gallberg 4 D und in den Ortsteilverwaltungen Kirchmöser/Plau unter den Platanen 2a, Göttin Schulstraße 3, Klein Kreuz Rosengasse 13, Schmerzke Altes Dorf 14, Gollwitz Schlossallee 98 und Wust Wuster Straße 80 geleistet werden. Personalausweis nicht vergessen!

Das Volksbegehren läuft seit dem 10. Oktober. Am 09. Februar ist es beendet. Bis dahin brauchen wir 80.000 Unterschriften im Land Brandenburg. Eine große Hürde. Am besten also noch vor Weihnachten die Unterschriften abgeben!

letzte Ort in Brandenburg, dessen Bevölkerung den Braunkohleabbau weichen müsse, sind die Pläne der Landesregierung und Vattenfall unverantwortlich. Gibt die Landesregierung grünes Licht, würden die vier Lausitzer Orte Proschim, Atterwasch, Kerkwitz, Grabko und Teile von Welzow abgebaggert und müssten mindestens 3.700 Menschen umgesiedelt werden.

Die Landesregierung tut so, als ließe sich die Braunkohle in Brandenburg in absehbarer Zeit „CO₂-frei“ verstromen. (Fortsetzung auf Seite 3)

Inhalt

Seite 2: Niemals vergessen! Zum Gedenken an den 70. Jahrestag der faschistischen Reichspogromnacht

Seite 2: Novemberlächeln

Seite 3: Fortsetzung Seite 1: Warum das Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“?

Seite 4: In welcher Welt wir eigentlich leben?

Seite 5: Über einen Vorfall, der totgeschwiegen wurde

Seite 6: Vom Schiffshebewerk in die Schorfheide

Seite 6: Gratulation zu Bronze!

Niemals vergessen!

Zum Gedenken an den 70. Jahrestag der faschistischen Reichsgromnacht

Die Erinnerung an dieses Datum, 09. November 1938, das einen der schwärzesten Tage in der deutschen Geschichte markiert, darf nicht in Vergessenheit geraten. In der Nacht zum 10. November erreichte die Judenverfolgung durch die Nazis einen vorläufigen schrecklichen Höhepunkt. Überall in Deutschland wurden Synagogen in Brand gesteckt, jüdische Geschäfte und Häuser zerstört und geplündert. Viele jüdische Mitbürger wurden verhöhnt, geschlagen und auch hunderte von ihnen ermordet. Es gab zahlreiche Verhaftungen und Verschleppungen in Konzentrationslager.

Die Kirchen, die Stadt Brandenburg an der Havel und der Bund der Antifaschisten hatten dazu aufgerufen, in Gedenkveranstaltungen an die schlimmen Ereignisse, die sich vor 70 Jahren auch in unserer Heimatstadt abspielten, zu erinnern und aktuelle Lehren daraus zu ziehen. Diese Ziele wurden in eindrucksvoller Weise erreicht. Die verschiedenen Veranstaltungen fanden eine große öffentliche Resonanz. Bereits am 5. November fand in der Nicolaikirche ein ökumenischer Gottesdienst statt, in dessen Rahmen Walter Schnaatz, ein alter Antifaschist, einen von ihm selbst verfassten Sonettenkranz in bewegender Art und Weise vortrug. In ihm hatte er seine persönlichen Kindheitserlebnisse über die Judenverfolgung im Dritten Reich literarisch verarbeitet. Die Veranstaltungen am 09. November begannen mit einem Gedenkgottesdienst im Brandenburger Dom, bei dem insbesondere die Rede des Generalsuperintendenten Hans-Ulrich Schulz einen tiefen Eindruck bei den Zuhörern hinterließ.

Erfreulich war auch die im Vergleich zu den Vorjahren bedeutend größere Zahl von Brandenburgerinnen und Brandenburgern, die am Nachmittag am Gedenken auf dem Jüdischen Friedhof, dem sich anschließenden Schweigemarsch und der Abschlussveranstaltung am Standort der einstigen jüdischen Synagoge teilnahmen. Beeindruckend waren dabei unter anderem die Beiträge von Schülerinnen und Schülern des Evangelischen Gymnasiums zu historischen Beispielen der Judenverfolgung.

An diesem 09. November 2008 wurden deutlich sichtbare Zeichen gesetzt für bürgerschaftliches Engagement für Menschlichkeit und Toleranz und gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Demokratiefeindschaft. H. Maiwald

Novemberlächeln

Ich fuhr zum Einkauf in einen nahegelegenen Konsumtempel. Wie überall warteten ein grosser Parkplatz und massig Einkaufswagen auf potente Kundschaft.

Ich schloss mein Rad an der Seite ab und wandte mich geschwind dem Eingang zu. Da sah ich einen Mann stehen. Dieser hielt einen kleinen Päckchen Zeitungen vor seinen Bauch. Als ich näher kam, fiel mir sein unrasiertes Gesicht und seine fahle Gesichtsfarbe auf. Frierend stand er im Novemberwind. Beim zweiten Blick erkannte ich die Zeitung als den „Strassenfeger“, eine Obdachlosenzeitung, die in Berlin aufgelegt wird.

Hach, war das kühl und feucht an diesem Novembertag. Da wollte auch ich am liebsten schnell in die wärmenden Hallen des Einkaufsparadieses fliehen... Meine Hände aus den tiefen, warmen Taschen kramend, kaufte ich ein Zeitungsexemplar. Der Mann konnte kaum antworten - weil er eine andere Sprache sprach. Ich zahlte und ertete dafür ein zögerndes Lächeln von ihm. Welch Lieder er wohl singt, welch Geschichten aus fernen Ländern, die hier keinen weiter interessieren?

Ich zwängte durch das Drehkreuz in die Wärme, ließ die Armut vor der Tür. Helligkeit, Großräumigkeit und angenehme Musik umgaben mich wohligh. „Hier bin ich Mensch - hier kauf ich ein!“ Mir gegenüber standen ein Mann und eine Frau an ihrem Einkaufswagen und schauten missmutig auf Berge von Weihnachtsschokolade. „Och nee - Nougat mag ick doch nich. Nee, dit kannst de stecken lassen!“ „Na, dann lass uns vom Zimtstern nehmen, wenn dit besser is“, entgegnete der Mann. „Hm, na jut. Ooch ejal, wovon einem schlecht wird!“ Ich stand ungläubig daneben und schickte einen Blick zurück durch die geputzten Scheiben, hinaus in den trüben Novembertag. Der Zeitungsverkäufer, mühsam etwas Geld verdienend, um sich sein Obdach für die Nacht zu verdienen - während nur 10 Meter weiter in den Kalorien schwimmend resigniert wird.

Als ich dann durch die Gänge lief, ging mir das Lächeln vor der Tür nicht aus dem Sinn. Hunger. Keinen Zutritt zu wärmenden Hallen. Heimatlosigkeit, Illegalität vielleicht sogar. Antworten, deren Fragen schon keiner mehr weiß.

Ich wollte den Mann noch mal treffen. Hole ich ihm ein Stück Kuchen? Aber vielleicht freut er sich nicht über Kuchen oder Nougat, weil ihm davon noch lange nicht schlecht wird? Marie Antoinettes berühmten Ausspruch: „Wenn sie kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen!“ ließ mich umdenken. Ich holte ein Brot und eine Packung Kekse. So ertete ich ein zweites zaghafte Lächeln, während der Mann weiter schwieg.

Novemberlächeln

Fortsetzung Seite 1: Warum das Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“?

Sie verweist dabei auf das CCS-Verfahren (Carbon Dioxide Capture and Storage), das derzeit in Schwarze Pumpe erprobt wird. CO₂ soll abgeschieden und unter die Erde gepresst werden. Nichts gegen die Erforschung dieser Technologie. Wer jedoch so tut, als sei sie eine verlässliche Alternative zur klimafeindlichen Braunkohleverstromung, streut den Menschen Sand ins Auge. Denn CCS ist eine Technologie mit vielen Fragezeichen, deren großindustrielle Tauglichkeit ebenso in den Sternen steht wie ihre Wirtschaftlichkeit. Mehrere Projekte, wie u.a. in den USA und Norwegen, wurden inzwischen aus Kostengründen gestoppt. Die Antwort von Vattenfall-Chef Lars Göran Josefsson auf den Fall, dass CCS die Erwartungen nicht erfüllt, lautet: „Dann haben wir ein echtes Problem. Dann müssen wir die Dämme höher bauen.“ (Die Zeit, 12.04.07)

Der Aufschluss neuer Tagebaue bedroht nicht zuletzt sensible Naturschutz-, Flora-Fauna-Habitat- und Wasserschutzgebiete, Feuchtgebiete und Vogelbrutplätze. Es droht ein vermehrtes Baumsterben und die Austrocknung und Zersetzung wertvoller Moore. Stellen wir uns einmal vor, in Brandenburg an der Havel, umgeben mit einer wundervollen Landschaft, würde die Natur zerstört und viele Menschen vertrieben, weil hier im Boden Kohle oder andere fossile Energieträger lagern, die wegen fehlender oder untauglicher Energiekonzepte ausgebeutet werden sollen. Unvorstellbar – doch bittere Realität für die Lausitzer Bevölkerung.

Unser Land braucht keine neuen Tagebaue, sondern

HAVELbrandung Seite 3

ein zukunftsfähiges Energiekonzept. DIE LINKE im Landtag Brandenburg bekennt sich daher zu einer sozial gerechten, ökologisch verträglichen und nachhaltigen Energiepolitik, die auf zunehmenden Einsatz erneuerbarer Energien, steigender Energieeffizienz, Energieeinsparung und den mittelfristigen Ausstieg aus der Verstromung von Braunkohle bis 2050 begründet ist. Die Braunkohleförderung kann allmählich und sozial verträglich auslaufen. Denn in den genehmigten Tagebauen stehen noch mehr als

1,3 Milliarden Tonnen Braunkohle zur Verfügung, die noch bis in die 30er Jahre und - bei einer klimapolitisch erstrebenswerten Drosselung der Produktion - sogar noch länger reichen. Bis dahin ist genug Zeit, ein wirtschaftliches Alternativkonzept zu entwickeln.

Erneuerbare Energien sind volkswirtschaftlich schon heute preiswerter als die Braunkohleverstromung. Der Anteil der Stromerzeugung durch Wind, Sonne, Wasser, Biomasse und Geothermie hat sich bundesweit von 5% im Jahr 2001 auf 14% in 2007 gesteigert. Je Kilowattstunde wird die Erzeugung des Stroms aus erneuerbaren Energien zunehmend billiger, da die Industrie immer mehr Anlagen

produziert und so die Stückkosten sinken. Einem im Auftrage des Bundesumweltministeriums entwickelten „Leit-szenario“ zufolge, kann der deutsche Strombedarf durch erneuerbare Energien bereits bis zum Jahr 2020 zu 27% gedeckt werden. Es gibt also keinerlei sachliche Gründe, die klimaschädliche Braunkohleverstromung durch neue Tagebaue voranzutreiben. Deshalb dürfen sich Landesregierung und Vattenfall mit ihren Plänen nicht durchsetzen. Steuern wir gemeinsam mit unserem Volksbegehren dagegen. Wolfgang Thiel, MdL



In welcher Welt wir eigentlich leben

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat bewirkt, dass wieder intensiv über den globalisierten Kapitalismus nachgedacht und gestritten wird. Matthias Platzeck hat sogar im Landtag die Systemfrage gestellt. Wer hätte in der politischen Wendezeit schon daran geglaubt, dass ein Ministerpräsident der Neuen Bundesländer bereits nach 18 Jahren deutscher Einheit die Systemfrage stellen wird?

Diese Krise hat auch dazu geführt, dass die Bücher und Schriften von Karl Marx wieder reißenden Absatz finden, die Besucherzahlen im Geburtshaus von Karl Marx in Trier wieder rapide ansteigen, der linke Studierendenverband SDS bisher in 31 deutschen Städten Lesebewegungen organisierte unter dem Motto „Marx neu entdecken – das Kapital lesen!“.

Fast zeitgleich mit dem Ausbruch der Krise hat der ehemalige Bischoff von Trier, Reinhard Marx, sein Buch mit dem Titel „Das Kapital“ vorgestellt. Bei der Vorstellung des Buches räumte er ein, dass Karl Marx viel Richtiges über den Kapitalismus geschrieben habe. Aber die Schlussfolgerungen, die seien falsch.

Aus der Feder von Karl Marx stammt der bekannte Satz: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ Geschrieben im 19. Jahrhundert. Heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts aber aktueller denn je.

Matthias Platzeck hat im Landtag auch darauf hingewiesen, dass der Demokratische Sozialismus im Parteiprogramm der SPD festgeschrieben ist.

Aber warum will Herr Platzeck dieses Ziel unbedingt auf dem „Dritten Weg“ erreichen und nicht auf dem direkten Weg? Das bedeutet ja nun wirklich nicht, zurück zum Staatssozialismus. Wir Linken sympathisieren doch auch mit dem Demokratischen Sozialismus. Und vielleicht singen wir sogar einmal gemeinsam das alte Arbeiterlied „Wann wir schreiten Seit ´ an Seit ´...“ Aber bitte ohne Abweichler!

Zu den Schlussfolgerungen von Karl Marx gehört, dass die revolutionäre Veränderung der Welt in den hoch entwickelten Industriestaaten beginnen müsse. Es ist doch durchaus denkbar, dass dieser Prozess im Land der unbegrenzten Möglichkeiten bereits begonnen hat.

P. Steinbrück (SPD) in einem Interview mit dem Spiegel, Nr. 40/29.09.08:

„Ein maßloser Kapitalismus, wie wir ihn hier erlebt haben mit all seiner Gier frisst sich am Ende selbst auf.“ Und weiter: „Generell muss man wohl sagen, dass gewisse Teile der marxistischen Theorie wohl doch nicht so verkehrt sind.“ Also doch nicht alles graue Theorie, was im „Kapital“ steht?

Der Staat, in dem Herr Steinbrück z. Zt. Finanzminister

ist, hat immer wieder behauptet, dass für Bildung, für Armutsbekämpfung und für die Rentenangleichung Ost/West kein Geld vorhanden ist. Und plötzlich, gewissermaßen über Nacht, wird zur Rettung der Banken ein Paket von 470 Milliarden Euro bereitgestellt. Da fragen sich doch immer mehr Menschen, in welcher Welt wir eigentlich leben.

Der Demokratische Sozialismus, als Alternative zum Kapitalismus, ist übrigens vom Grundgesetz gedeckt. Darauf hat der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht und heutige Bundestagsabgeordnete, Wolfgang Neskovic, im Februar 2007 in seiner Rede auf unserem Landesparteitag hingewiesen. Ich zitiere: „Im Artikel 14, Absatz 2, steht unmissverständlich: ‚Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.‘ Und im Artikel 15 des Grundgesetzes heißt es: ‚Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zweck der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.‘“ Ende des Zitats.

Das Grundgesetz, so Wolfgang Neskovic, stellt also fest, dass bei zentralen Gemeinschaftsgütern der Gemeinschaftsgedanke und nicht das private Eigeninteresse im Vordergrund steht. Für die Gegner des Demokratischen Sozialismus ist diese Vision allerdings gleichbedeutend mit dem Untergang des christlichen Abendlandes.

Auch deshalb hat Diana Golze auf unserer letzten Gesamtmittgliederversammlung eindringlich darauf aufmerksam gemacht, dass die Linken im Wahlkampf 2009 wieder massiven Anfeindungen ausgesetzt sein werden. Damit ist allerdings längst schon begonnen worden. Die Vorgänge in der Hessen-SPD waren dafür ein willkommener Anlass. In der Zeitschrift Superillu vom 13.11.08 erschien ein zweiseitiger Beitrag mit der Überschrift „Die tapferen Vier“. Die Superillu dokumentierte die in der Erklärung von C. Everts enthaltenen Argumente für ihren plötzlichen Gewissenskonflikt. Die rechten Abweichler Metzger, Walter, Everts und Tesch geben inzwischen offen zu, dass eine Große Koalition in Hessen ihr Wunschergebnis gewesen wäre. Deshalb hat der Fraktionsvorsitzende der Linken im Hessischen Landtag, Willi van Ooyen, das hinterhältige Vorgehen der Abweichler in einem Beitrag für das „ND“ mit folgenden Worten auf den Punkt gebracht: „Wieder einmal hat sich gezeigt, links blinken und rechts abbiegen gehört zu den leichtesten Übungen von Vertreterinnen und Vertretern der SPD.“

In der inhaltlichen Auseinandersetzung haben die Linken im bevorstehenden Wahljahr nichts zu befürchten. Wir haben die besseren Argumente. O. Mehlhase

Über einen Vorfall, der totgeschwiegen wurde

Keiner weiß, wann es genau geschah. Nur dass dies wirklich stattfand und kein hässlicher Traum war, steht fest. In einer klammheimlichen Nacht- und Nebelaktion wurde das Andenken eines in Brandenburg hoch engagierten Menschen geschändet. Das unschuldige Opfer, das bluten musste, war ein dünnes Bäumchen, das herausgerissen und kurzerhand zu Kleinholz gemacht wurde, ähnliches geschah wahrscheinlich auch mit einer dazugehörigen kleinen Tafel. Sie gab darüber Auskunft, dass hier an dieser Stelle – sie befindet sich übrigens auf dem Marienberg, etwa 20m von einem Kinderspielplatz entfernt – Petra Faderl einen kleinen, zierlichen Ginkobaum gepflanzt hat. Jeder wusste, dass sie mit ihrer tödlichen Krankheit nicht mehr lange leben würde. Er sollte ein wenig an sie und ihr langjähriges, intensives Wirken erinnern. Etwa zwei Jahre durfte dieses Bäumchen still vor sich hin leben, bis dann eines Tages plötzlich schurkische Gestalten oder auch „nur“ dumme Jungs auftauchten und sich ohne Skrupel daranmachten, das Leben dieses von Petra Faderl gepflanzten Bäumchens auf sadistische Art und Weise zu beenden. Dies zumindest sind die Fakten.

Zwar war inzwischen zu hören, dass ein gleiches Bäumchen zum selben Zweck wahrscheinlich dort wieder angepflanzt werden soll, hoffentlich auch mit einer dazugehörigen Tafel. Trotzdem fällt etwas sehr Seltsames in diesem Zusammenhang auf: Während im hiesigen Blätterwald oft selbst der kleinste Pup, sofern an ihm etwas dran ist, sofort durchgehechelt wird, die Medien jede, auch die kleinste Information dankbar und wissbegierig aufgreifen, um sie wie eine Siegestrophäe allen Mitmenschen kund zu tun, herrschte in dieser peinlichen, ja sogar schändlichen Angelegenheit fast absolute Funkstille. Einzig eine wöchentlich erscheinende Reklamezeitung brachte, als sei dies etwas völlig Nebensächliches, auf den hinteren Seiten darüber eine Information.

Da fragt man sich, was soll das? – Als nach dem gleichen Muster, nämlich aus Hass und Rache, das Firmenhaus des Gatten der damals frisch gekürten Oberbürgermeisterin, Frau Tiemann, in der Kurstraße mit Farbbeuteln beworfen wurde, war, völlig zu Recht, das Geschrei im hiesigen Blätterwald groß. Die Information wurde sogar mit entsprechenden Fotos garniert. Und würden sich böse Buben irgendwann und irgendwo am Eigentum irgendwelcher Politiker vergreifen, würde genau das Gleiche wieder passieren. Die Lateiner, falls sie es je gegeben hat, würden

die berechnete Frage stellen: „Cui bono?“ – Auf gut deutsch: Wem nützt es?

Petra Faderl war bekanntlich auch bei vielen Menschen anerkannt, die mit der damaligen PDS wenig am Hut hatten. Und es würde sich Hass breit machen. Denn die Täter kamen mit Sicherheit nicht aus dem linken Lager. Also ist logisch, dass die Veröffentlichung dieser schändlichen Missetat der Linkspartei zugute käme, was – und da liegt der Hase im Pfeffer – tunlichst vermieden werden möchte.

Zum Schluss bleibt nur zu hoffen, dass diese nicht nur seltsamen, sondern zutiefst kriminellen Freiheiten nicht noch Schule machen. W. Weise

DISPUT

Über Aktionen und Fraktionen, über Infostände und Hartz-IV-Beratung. Über »große« Politik und »kleine« Basisgruppe. Mit Berichten, Porträts, Interviews und Reportagen (nicht nur) aus dem politischen Alltag. Und mit einer einzigartigen Seite 48.

Jeden Monat für 2 Euro.
Im Jahresabo für 21,60 Euro:
DISPUT. Mitgliederzeitschrift
der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
disput@die-linke.de
Telefon (030) 24 00 95 10

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Vom Schiffshebewerk in die Schorfheide

Der 09. Oktober war in den Kalendern mancher Senioren unserer Partei dick angestrichen. Otto Mehlhase hatte zu einer Fahrt in Richtung Niederfinow eingeladen. Die herzlichen Begrüßungen vor der Abfahrt ließen vorab deutlich werden: Es wird ein schöner Tag mit den Genossen, Freunden! Dann ging es in den Brücknerschen Bus und wir verließen unsere Stadt.

Das Schiffshebewerk Niederfinow ist weithin sichtbar, wurde 1927 bis 1931 erbaut. 430 t Stahl waren dazu nötig. In 5 Minuten kann eine Höhe von 36 Metern überwunden werden. Auch wir haben je eine Tal- und Höhenfahrt mitgemacht, und zwar auf dem kleinen Ausflugsdampfer „Münchhausen“.

Übrigens – es ist bereits begonnen worden, ein neues Schiffshebewerk zu errichten. Noch größer und noch sicherer soll es werden. Auf 280 Millionen Euro sind die Kosten veranschlagt. Aber es wird wohl noch viel Zeit vergehen, bis es in Betrieb genommen werden kann. Viel Gedränge gab es an diesem Tage auf dem großen Parkplatz dort nicht, auch Verkaufsstände waren geschlossen. Es war zu spüren: Die Touristiksaison 2008 geht zu Ende. Nicht weit entfernt vom Schiffshebewerk gibt es den Landhof Liepe. Er hat eine lange Tradition. 1753 wurde er erstmals erwähnt, und zwar als „Oberforst-Etablissement“ des königlichen Amtes Chorin. Viele Gutsherren hatte er, bis das Gut 1946 vorübergehend als Dorfschule genutzt wurde und anschließend zur LPG Liepe gehörte. 1998 kaufte die Gemeinde Liepe die Wirtschaftsgebäude, begann eine umfangreiche

Gratulation zu Bronze!

Diana Golze, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, gratuliert der Stadt Brandenburg an der Havel zum hervorragenden dritten Platz beim Wettbewerb „Wirtschaftsfreundliche Kommune im Land“. Das aktive wirtschaftsfreundliche Verwaltungshandeln aller politischen Verantwortlichen ist Anspruch und Ansporn zugleich. Ich freue mich, dass eine Stadt aus meinem Wahlkreis auf dem Siebertreppchen steht. Um die Standortvoraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu sichern, braucht es einen integrativen und ressortübergreifenden Politikansatz für die Verzahnung von Wirtschaftspolitik, Infrastrukturpolitik und Arbeitsmarktpolitik. Wichtig ist eine wirksame Substanzzpflege der bestehenden – oft kleinteiligen und noch eigenkapitalschwachen – Unternehmensstruktur. Um die Wirtschaft zukunftsfähig zu machen, müssen die

Sanierung mit dem Ziel, den Hof touristisch zu nutzen. 2004 übernahm die EJF-Lazarus gAG (= ein Verbund von Trägern sozialer Einrichtungen) das Objekt, führte die Arbeiten weiter und eröffnete am 15. Juli 2006 diesen Landhof. Wie uns erklärt wurde, sind dort auch Jugendliche zu Hause, die den Sinn des Lebens noch nicht gefunden haben. Es gibt auch Ausbildungsplätze. Wir erhielten dort ein schmackhaftes Mittagessen, aber man konnte sich auch überall umschauchen. Besonders der Hofladen fand Interessenten aus unserer Reisegruppe und so wurden einige Souvenirs mit nach Brandenburg gebracht.

Gegen unseren geplanten Zoobesuch in Eberswalde hatte das Wetter einiges einzuwenden – es gab einen ausgedehnten Landregen. Und da niemand mit nassen Sachen nach Hause kommen wollte, begnügten wir uns mit einer interessanten Fahrt über eine sehr schmale Straße durch die Schorfheide, die so mancher von uns bisher nur dem Namen nach kannte. Ein Waldcafé mit einem reichhaltigen Angebot an Kuchen und Getränken war dann die letzte Station vor unserer Heimfahrt.

Alles in allem – es war ein wunderschöner, gelungener Tag in bester Gesellschaft! Und im nächste Jahr wird Otto Mehlhase wieder eine Fahrt organisieren – wahrscheinlich zu einem früheren Zeitpunkt. Und dann geht ´s nach Wannsee. E. Altenkirch

+++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++

Newsletter

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:
<http://newsletter.die-linke.de>

DIE LINKE.

vorhandenen Entwicklungspotenziale entschlossener aktiviert werden, indem innovative Branchen, tragfähige Netzwerke und grenzüberschreitende Kooperation wirksam gefördert werden. Neue Chancen werden vor allem in neuen Industrien entstehen. Dabei sind die Förderinstrumente den sektoralen und regionalen Bedingungen anzupassen – und nicht umgekehrt. Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist das Abschneiden von Brandenburg an der Havel besonders zu würdigen.

Ein Besuch im Deutschen Bundestag – 28./29.10. 2008

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Diana Golze (DIE LINKE) weilte eine Gruppe politisch Interessierter aus Brandenburg und Rathenow zwei Tage in Berlin. Das Programm war für alle Teilnehmer ein echtes Erlebnis.

Nach unserer Ankunft in Berlin nahmen wir an einem Informationsgespräch im Besucherzentrum des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung teil. Hier erfuhren wir viel Wissenswertes über die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung und erhielten Anregungen, wie und wo man sich noch besser informieren kann.

Zweiter Schwerpunkt war nach der Mittagspause der Besuch des Deutschen Bundestages selbst. Auf der Besucherplattform hörten wir einen Vortrag über die Geschichte des Hauses sowie Aufgaben und Arbeitsweise des Bundestages. Es gab so manch neue Erkenntnis für uns (z.B. auch einen für uns neuen Aspekt zu der Frage, warum so oft nur relativ wenige Abgeordnete an den Debatten teilnehmen, warum Minister nur kurzzeitig präsent sind usw.).

Abends nutzten einige unserer Gruppe noch die Gelegenheit für einen Bummel über den Ku-Damm. Der zweite Tag begann mit einer Stadtrundfahrt. Unsere Betreuerin hat uns neben den „Muß-Stationen“ einer Stadtrundfahrt viele Ecken der Stadt gezeigt, die sogar manchem Berliner

Wie manipuliert wird!?

Jedermann weiß, dass im Herbst des Jahres 2009 ebenfalls wieder Wahlen stattfinden. Logisch, dass alle wichtigen Parteien daran teilnehmen. Aber jeder weiß auch, dass die Zeiten in Deutschland nicht mehr danach sind, um beim Wähler kräftig abzusahnen. Doch nach dem Motto, dass es für alles eine Lösung gibt, entwickeln kommerzielle Werbestrategen viel Fantasie, um das Wahlvolk in die gewünschte, konservative Ecke zu manipulieren. Das erforderliche Konzept ist nicht mal neu. Es heißt, jeden Bürger davon zu überzeugen, dass die Lage meist nicht so schlimm ist, wie sie präsentiert wird. Oder es wird suggeriert, dass man keinen zurücklässt. Und in keinem Fall darf der Hinweis fehlen, dass selbst die schlechtesten Zeiten einmal vorbeigehen. Dazu gehört weiter, dass man dem Wahlvolk Brotsamen zuwirft und weitere nach dem Urnengang in Aussicht stellt. Erfahrungsgemäß weiß man natürlich auch, dass es immer noch Menschen gibt, die den Wüschelrutengängern trotzdem nicht auf den Leim gehen. Also müssen noch welche her. Ein probates Mittel ist zum Beispiel die Unterhaltungs- und Freizeitbranche, mit der sich kräftig Stimmung machen lässt. Neben kommerziellen Interessen kann man damit auch herrlich ablenken. Der Trick läuft übrigens ähnlich, wenn man ein peinliches Thema weghaben will und schnell einen so genannten „Nebenkriegsschauplatz“ eröffnet.

oder Berlin-Kenner unbekannt waren. Ob es der Kreuzberg (wirklich ein Berg mit Wasserfall und Weinreben) war oder das Rollheimer- Quartier mitten in der Stadt (eine Fläche, auf der Aussteiger in Wohn- und Bauwagen, Zelten und Bussen leben), es war einfach anders. Überraschend dann noch ein Abstecher zum Flughafen Tempelhof, der gerade seinen letzten Tag erlebte.

Bilanz dieser Stadtrundfahrt:

„Mensch, Berlin – wie haste Dir verändert!“

Nach einer Mittagspause in den Hackeschen Höfen ging es dann zu einem Informationsgespräch in das Bundesministerium für Gesundheit. Natürlich war für uns die Gesundheitsreform das Gesprächsthema. Viele Fragen – aber Lösungen?

Jedenfalls ging es dann – ausgerüstet mit vielen neuen Eindrücken und viel Papier –auf die Heimreise. Alle Betreuer bei den verschiedenen Stationen unseres Aufenthaltes haben uns diese Tage zu einem eindrucksvollen Erlebnis gestaltet. Insgesamt eine gelungene Veranstaltung.

An dieser Stelle daher ein herzliches Dankeschön an die Bundestagsabgeordnete unseres Wahlkreises Diana Golze für die Einladung sowie an ihren Wahlkreismitarbeiter Hendrik Öchsle, der uns sehr umsichtig und launig durch diese beiden Tage geleitet.

Kluge Leute haben inzwischen festgestellt, dass nicht nur die Religion wie Opium wirkt, ähnliche Ergebnisse sind auch durch Spiele, die die Menschen begeistern oder durch raffiniert inszenierte Fernsehsendungen möglich, die die Gefühle der Zuschauer besonders ansprechen. Überhaupt dürfte dem zwar flachbrüstigen Fernsehen eine überragende Rolle zukommen, denn es erreicht zu jeder Zeit jeden Menschen, selbst in den entlegensten Ecken. Mit ihm kann man tief in die Herzen der Menschen eindringen. Das macht sich besonders gut, wenn Giftpeile zum Einsatz kommen. Mit ihnen kann man zwar sehr einseitig, dafür aber recht gründlich die Schwächen und Schattenseiten der DDR aufzeigen und das Ganze sinnigerweise auch noch Vergangenheitsbewältigung nennen. Im Gegensatz dazu kommen dann verkitschte Filme, die die nazistische Vergangenheit zum Teil noch beschönigen. Was aber die Ex-DDR anbelangt, so hatte dort alles trist und öde zu sein, ohne Perspektive und auf Zerfall programmiert.

Wie gesagt – Experten wissen, was sie den Leuten wie beizubringen haben. Jeder darf dann seine Überzeugung auf Standfestigkeit überprüfen. Denn die verführerischen oder auch drohenden Sirenen der Massenmeinungsmanipulation werden mit Sicherheit nichts auslassen, um Otto Normalverbraucher doch noch zu ködern. W. Weise

Termine

Datum	Veranstaltung	ORT	Uhrzeit
11.12.08	AG - Senioren	Geschäftsstelle	15.00 Uhr
17.12.08	Frühstück für Jedermann	Geschäftsstelle	09.30 Uhr
17.12.08	Stadtverordnetenversammlung	Rolandsaal Altstadt. Rathaus	16.00 Uhr
18.12.08	Rosa-Luxemburg-Stiftung lädt ein zum Thema: Ursache und Wirkungen der Finanzkrise. Referent: Dr. Ulrich Busch (Berlin)	Geschäftsstelle	17.00 Uhr
08.01.09	Energiewende? Informationsveranstaltung zum Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“ mit Wolfgang Thiel	Fontane-Klub	18.00 Uhr
12.01.09	Fraktionssitzung	Geschäftsstelle	18.00 Uhr
13.01.09	BO-Vorsitzendenberatung	Geschäftsstelle	17.00 Uhr
19.01.09	Frühstück für Jedermann	Geschäftsstelle	09.30 Uhr
20.01.09	AG-Stadtentwicklung	Geschäftsstelle	18.00 Uhr
21.01.09	Monatliche Beratung der BO Inn	Café Undine, Altstadt.Markt 8	19.00 Uhr

Die Redaktion der Havelbrandung und der Stadtvorstand der LINKEN wünscht allen Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten und allen Lesern ein friedliches und gesundes Weihnachtsfest, sowie ein gesundes und friedliches Jahr 2009.

Öffnungszeiten

Montag	9-17 Uhr
Dienstag	9-17 Uhr
Mittwoch	9-13 Uhr
Donnerstag	9-17 Uhr

Geschäftsstelle DIE LINKE
Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 0 33 81 - 22 47 33
Fax: 0 33 81 - 22 99 61
Internet: www.dielinke-stadt-brb.de
E-Mail: info@dielinke-stadt-brb.de

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel
V.i.s.d.P.: René Kretzschmar

Anschrift: Altstädtischer Markt 2,
14770 Brandenburg an der Havel

E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nächster Redaktionsschluss: 30. Dezember 2008